



Resolution der SP Schweiz

verabschiedet am Parteitag vom 3./4. Dezember 2016 in Thun

Für die Wiederherstellung guter Beziehungen zur Europäischen Union

Von Beginn weg hat die SP nach dem knappen Volksentscheid vom 9. Februar 2014 dafür gekämpft, die guten Beziehungen zur EU nicht durch eine einseitige Umsetzung von Artikel 121a zu gefährden. Das war auch das Versprechen der Initianten gewesen: Eine Annahme der Initiative würde die Beziehungen zur EU nicht aufs Spiel setzen. Im Nachhinein erwies sich das als falsches Versprechen. Die SP hat sich deshalb dafür eingesetzt, die in vielen Abstimmungen bekräftigte Personenfreizügigkeit mit den EU/EFTA-Staaten zu bestätigen, eine Rückkehr zu Kontingenten und Saisonier-Statut zu verhindern und mit Schutzmassnahmen am Arbeitsmarkt dafür zu sorgen, dass die Schweizer Löhne und Arbeitsbedingungen geschützt und durchgesetzt werden.

Nach einer Periode grosser Unsicherheit zeichnet sich inzwischen im Parlament eine Koalition der Vernunft ab, die entlang dieser roten Linien eine Umsetzungsgesetzgebung plant. Dies ist auch Voraussetzung dafür, dass der Bundesrat unmittelbar nach der Wintersession das Kroatienprotokoll ratifizieren kann und damit die wissenschaftlich und wirtschaftlich wichtige Teilnahme der Schweiz am EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 sicherstellt.

Für die SP bleibt dabei entscheidend, dass es bezüglich Vereinbarkeit mit dem Freizügigkeitsabkommen ebenso wenig Abstriche geben darf wie bei den Schutzmassnahmen am Arbeitsmarkt. Dies ist beim so genannten «Inländervorrang light», wie ihn der Nationalrat vorgeschlagen hat, der Fall. Wichtig in diesem Zusammenhang sind aber für die SP weiter gehende, interne Massnahmen, die zum Beispiel einen besseren Schutz der über 50jährigen Arbeitnehmenden am Arbeitsplatz garantieren.

Die skizzierte Umsetzung ist aus juristischer Sicht mit der Bundesverfassung vereinbar: Das Volk hat den Bundesrat am 9. Februar 2014 lediglich mit der Neuverhandlung, nicht aber mit der Kündigung des Freizügigkeitsabkommens beauftragt. Aus politischer Sicht ist es nach allem Gezerre und Getöse indes unumgänglich, die Weiterentwicklung der guten Partnerschaft mit der EU auch auf Verfassungsebene zu bekräftigen. Die SP freut sich auf diesen Abstimmungskampf und ist überzeugt, dass das Schweizer Volk diese europapolitische Schicksalsfrage einmal mehr mit JA beantworten wird.

In der Roadmap Europa hat die SP als einzige Partei einen klaren Plan für die weiteren Schritte in der Europapolitik vorgezeichnet. Damit Rechtssicherheit und die Fähigkeit zur Weiterentwicklung der Verträge mit der EU wieder hergestellt werden, muss auch die schwierige institutionelle Frage rasch einer guten Lösung zugeführt werden. Dabei darf allerdings insbesondere die Fähigkeit der Schweiz, innere Reformen und Schutzmassnahmen zu beschliessen, nicht eingeschränkt werden. Leitendes Grundziel der SP-Europapolitik bleibt dabei ein Zugewinn an Mitsprache und Mitentscheidung in den Beziehungen zur EU. Auf allen Ebenen müssen die Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Mitentscheidung ausgebaut werden – im Rahmen der institutionellen Lösung und auf mittlere Frist durch eine zusätzliche multilaterale Einbindung. Der nächste Schritt dazu ist die europakompatible Umsetzung des Volksentscheids vom 9. Februar 2014.